Bezugspreise: für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 7.— Mk., vierteljährl. 21.— Mk. u. Zustellungsgebühr, i. d. Ausgabestellen abgeholt Mk. 7.— monatl., durch uns. auswärt. Zweigstellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.— Mk. u. Bestellgeld, durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 27.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Amtl. Zeitungsverzeichnis: Saale-Zeitung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur n. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen (private Gelegenheitsankündigungen) 40 Pf Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— Mark. Bei Wiederholung Ermäßigung lt. bes. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22215.

Nr. 475. Halle, Dienstag, den 11. Oktober 1921. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Ein Engländer zur Oberschlesien-Frage.

London, 10. Okt. Das Parlamentsmitglied Mc Kennworthy schreibt in einem Brief an die „Times", es scheine die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den irischen Verhandlungen, mit Washington und der Arbeitslosigkeit in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberschlesische Frage nachlasse. Dies würde bedeuten, daß Lloyd George und seine Kollegen ebenso das Interesse daran verlieren würden. Kennworthy sagt, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig wie jedes andere Problem. — Denn von der richtigen Lösung der oberschlesischen Frage hänge die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Elsaß-Lothringen könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden solle und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden soll. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sei nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das Mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Oberschlesien sei der höchstentwickeltste Industriebezirk Europas und sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen die Teilung. Sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde. Das Interesse der unglücklichen Bewohner müsse in Erwägung gezogen werden, selbst vom Völkerbunde, wo sie nicht vertreten seien. Die ursprüngliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorgenommen worden unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen solle, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergab, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Nicht fünf vom Hundert der oberschlesischen Bevölkerung hätten für die Teilung gestimmt. Bevor man daher Oberschlesien teile, müsse eine neue Abstimmung in der Frage der Teilung stattfinden. Wenn sich die Bevölkerung gegen die Teilung erkläre, müsse man der Provinz eine Autonomie unter deutscher Souveränität geben. Dies sei zwar keine ideale Lösung, aber polnisches Geld, polnische Arbeitergesetzgebung (bzw. deren Mangel) und polnische Unerfahrenheit auf der einen Seite der Grenzlinie und deutsches Geld, deutsche Arbeitergesetzgbung und deutsche industrielle Tätigkeit auf der anderen Seite, dazwischen Zoll- und Paßschranken bedeuteten den Ruin des reichen Gebietes, das für Europa eine Lebensnotwendigkeit sei. Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht den Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich den wirklichen Völkerbund. Wenn man dem Völkerbund gestattet (oder zwänge!), in der oberschlesischen Frage einen Narren aus sich zu machen, würde er ebenso in Mißkredit kommen wie der Oberste Rat.

Ein oberschlesisches Kompromiß?

Der in Genf weilende Vorsitzende der oberschlesischen Zentrumspartei Ulitzka erklärte einem Korrespondenten des „B. T.", der von dem Tschechen Kowac und dem Schweizer Herold ausgearbeitete Entwurf sei von dem Versteben diktiert, in der oberschlesischen Frage eine Einigung zwischen England und Frankreich herbeizuführen und hat alle Fehler eines Kompromisses in höchster Potenz. Man glaubt die versöhnende Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberschlesische Industriegebiet zu einem guten Teile zu Polen schlägt, diesen polnisch gewordenen Teil aber gemeinsam mit dem deutsch gebliebenen als wirtschaftlich gemeinsam mit dem deutsch gebliebenen als wirtschaftliche Einheit erhalten will. In dem naturnotwendig gegebenen Konflikte um die wirtschaftliche Vorherrschaft werde die deutsche wie die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden. Der Plan ist praktisch unburchführbar. Von der oberschlesischen Bevölkerung und der deutschen Regierung muß klar und entschieden die Unannehmbarkeit und Undurchführbarkeit dieses Projektes erklärt werden. Eine solche Lösung ist eine Brüskierung des reparationswilligen Kabinetts Wirth und bedroht den Bestand des Kabinetts und dessen versöhnende Politik aufs schwerste. Das fragliche Projekt hat die oberschlesische Frage nicht gefördert, sondern um ein großes Stück zurückgeschleudert.

Entscheidung des Völkerbundsrates am Mittwoch.

Der Genfer Korrespondent des „Temps" teilt mit, die vier Mitglieder des Völkerbundsrates, die mit der Vorlegung des Berichtes über die Teilung Oberschlesins beauftragt seien, der belgische, brasilianische, chinesische und japanische Delegierte würden ihre Arbeit ununterbrochen fortsetzen. Sonntags seien sie zweimal zusammengetreten. Die zweite Sitzung habe bis 3 Uhr früh gedauert. Indessen habe ein völliges Einvernehmen unter den vier Mitgliedern nicht erzielt werden können. Die Vorlegung des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfes im Völkerbundsrate hätte gestern vormittag stattfinden sollen. Sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vicomte Ishii zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zwecks Teilung Oberschlesiens „zu empfehlenden Lösung" einigen.

Das „Journal des Debats" veröffentlicht, offenbar aus amtlicher Quelle, folgende Mitteilung: Die englische und die französische Regierung haben absolut keine Kenntnis von den Beratungen des Viererrates, der mit der Festsetzung der Grenzlinie in Oberschlesien betraut ist. Die in dieser Frage veröffentlichten Mitteilungen beruhen auf keinerlei Grundlagen.

Berlin, 10. Okt. Zu den gestrigen Enthüllungen des „New York Herald" über die Vorgänge in Genf schreibt die rechtsstehende „Libre Parole": Die Meinungsverschiedenheiten erstreckten sich auf zwei Punkte, zunächst auf die Zuteilung von Kattowitz und Königshütte an Polen und dann auf die Einsetzung einer internationalen Kommission für die wirtschaftliche Kontrolle, die unzweifelhaft eine der barocksten Schöpfungen wäre, die die neue Diplomatie zur Welt brachte. Ihre Vaterschaft werde dem Belgier Hymans zugeschrieben. Sie wäre das würdige Gegenstück zu der unwahrscheinlichen Kombination von Wilna.

Berlin, 10. Oktober. Anläßlich der beunruhigenden Nachrichten über die Lösung der oberschlesischen Frage in Genf hat der Reichsminister des Aeußern von Rosen den deutschen Botschafter in London Sthamer telegraphisch nach Berlin berufen. Der Botschafter, der gestern in Berlin eingetroffen war, ist nach der Konferenz mit von Rosen wieder nach London abgereist.

Ein englischer Einspruch?

(Eigene Drahtung.)

Die letzten Nachrichten, die aus Genf eingetroffen sind und von einem Umschwung in der Viererkommission des Völkerbundsrates zu berichten wissen, sind in Berliner politischen Kreisen ernst aufgenommen worden. Ueber den Inhalt der Besprechungen Senator Sthamers mit dem Außenminister wird von zuständiger Selle strengstes Stillschweigen bewahrt. Es ist jedoch ohne weiteres anzunehmen, daß sich die Besprechungen in erster Linie um die bevorstehende Entscheidung in der oberschlesischen Frage gedreht haben, und es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß die Unterredung auch mit jenen Nachrichten im Zusammenhang steht, die letztens über das Verhalten der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage verbreitet worden sind. Bisher liegen in Berlin noch keinerlei authentische Nachrichten darüber vor, ob die englische Regierung tatsächlich eine Aktion gegen die aus den Blättermeldungen bekanntgewordene Entscheidung des Völkerbundsrates unternommen habe oder zu unternehmen gedenke. Wir glauben aber auf Grund zuverlässiger Informationen aus neutraler diplomatischer Quelle sagen zu können, daß die Nachricht des „New York Herald" über einen bevorstehenden englischen Schritt in Genf der Wahrheit entspricht. Allerdings soll dieser Schritt nicht schon in der Viererkommission, sondern erst in dem Völkerbundsrat selbst erfolgen. Morgen vorm. findet voraussichtlich eine Kabinettssitzung statt, die sich mit der oberschlesischen Frage beschäftigen wird. In dieser Sitzung wird auch Reichsminister Dr. Rosen über die Mitteilungen berichten, die ihm Botschafter Sthamer über seine Londoner Eindrücke gemacht hat. In Regierungskreisen verhält man sich vorläufig abwartend. So lange nicht völlig einwandfreie Nachrichten über die Entscheidung des Völkerbundsrates eingetroffen sind, kann auch nichts über die Haltung der Regierung gesagt werden. Man wird aber zwei Möglichkeiten unterscheiden müssen. Eine ungünstige Entscheidung des Völkerbundsrates, die sich nicht in dem Rahmen des Friedensvertrages halten würde, dürfte weitgehende politische Folgen haben. Die Regierung wäre im Falle einer solchen Entscheidung entschlossen, die Konsequenzen zu ziehen. Reichskanzler Dr. Wirth hat ja wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sein Kabinett mit der Entscheidung über Oberschlesien stehe und falle. Die andere Eventualität liegt in der Möglichkeit, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates über den Rahmen des Friedensvertrages (durch eine Neutralisierung des Industriegebietes) hinausgehen könnte. In diesem Falle wäre eine andere Lage geschaffen. Eine solche Entscheidung würde sowohl dem Obersten Rat als auch beiden interessierten Mächten eine gewisse Freiheit des Handelns zurückgeben, wenn auch die moralische Wirkung eines vom Völkerbundsrat gestellten Beschlusses durchaus nicht gering eingeschätzt werden darf.

Die neuen polnischen Aufstandspläne in Oberschlesien.

Es kann unmehr als Tatsache gelten: Der neue polnische Putsch, dessen Ausbruch für Sonntag angesetzt war, ist vorläufig verschoben worden. Eine hierüber vorliegende Nachricht aus Beuthen besagt folgendes: Gestern abend fand im Lommnitz-Hotel hinter verschlossenen Türen eine streng geheime Sitzung der militärischen und politischen Führer der Polen statt. Es kam zu sehr lebhaften Debatten. Das Ergebnis der Besprechung war folgendes: Die militärischen Führer haben sich in der nächsten Zeit stets für Abzug bereit zu halten. Infolge unvorhergesehener Ereignisse müsse der Beginn des Aufstandes vorläufig vertagt werden, und zwar bis auf weiteres auf einige Tage. Daß die im deutschen Lager inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen über die bis ins einzelne gehenden Vorbereitungen der Polen für einen neuen Aufstand auf vollster Wahrheit beruhen, können selbst die längsten Dementis der „Grenzzeitung" nicht mehr hinwegleugnen. Polnischerseits wird mit dem größten Eifer und Nachdruck auf einen neuen Gewaltstreich hingearbeitet, man steht gegenwärtig nur Gewehr bei Fuß, um in einigen Tagen doch loszuschlagen. Zum Beweise dessen nur eine kleine Auswahl der hier zahlreich eingegangenen Nachrichten:

Briands Rede in der Presse.

Briands Rede in Saint Nazaire hat nur innerpolitische Bedeutung. Sie war bestimmt, den Kritiken, die in der Heute beginnenden Kammersession sich erheben werden, den Wind aus den Segeln zu nehmen, und um zu beweisen, daß der alte Clemenceau, der am vorigen Sonntag sein eigenes Denkmal enthüllt hat, nicht mehr als die Stimme der Vergangenheit bedeutet. An den wichtigsten außenpolitischen Fragen ist der Ministerpräsident vorbeigegangen. Weder das Wiesbadener Abkommen, noch die oberschlesische Entscheidung wurden in Saint Nazaire gestreift, obwohl Briand sein Vertrauen gegenüber der deutschen Demokratie durch nichts hätte besser bekunden können, als durch ein einziges Wort über Deutschlands Recht auf Oberschlesien.

In der Presse findet die Rede eine geteilte Aufnahme.

„Journal" sagt, nach außen wolle Briand den Frieden und die Einheit mit den Alliierten aufrechterhalten und im Innern eine weitgehende republikanische Union herstellen, damit die Weltlage entspannt und soziale Fortschritte erzielt werden könnten. Die Sparsamkeit könne man nur verteidigen, da es Pflicht des Landes sei, das wirtschaftliche Rüstzeug zu vervollkommnen, aber auch die Entwicklung seiner öffentlichen Reichtümer sei freizugeben, d. h. alle Ausgaben vorzunehmen, die sich notwendig erweisen. Jetzt müßte die Kammer und Nation, was sie von dem Ministerpräsidenten zu erwarten habe, wenn die kommende parlamentarische Debatte ihm die Mehrheit sichere.

Leon Blum sagt im „Populaire", er empfinde eine gewisse Enttäuschung und erwarte, daß Briand am Vorabend des Wiederzusammentritts der Kammer viel stärker seine Politik gegenüber der seiner Augenblicksgegner möglichen Nachfolger betonen werde. Briand erneuerte der Regierung Wirth sein Vertrauen; vorher bestand er aber durch Abwägen seiner Gedanken auf den militärischen Sanktionen und bezeichnete hierbei Essen als unter den französischen Kanonen liegend. Die sehr vielen zarten Rücksichten würden, wie er, Blum befürchte, seine Stärke nicht vermehren, denn man überwinde seine politischen Gegner nicht durch Zugeständnisse, selbst wenn sie nur formell seien.

„Figaro" sagt, Frankreich habe die Pflicht, einig mit den Alliierten zu bleiben, wenn es die Möglichkeit haben wolle, den Friedensvertrag auszuführen, jedoch dürfe man daraus nicht schließen, daß beispielsweise England das Recht habe, Frankreich alle Zugeständnisse aufzuzwingen und daß Frankreich kein anderes Mittel übrig bleibe, als sie zu ertragen.

„Ere Nouvelle" sagt, die Rede überschreite die Tragweite der traditionellen Botschaft, die der Wiedereröffnung der Parlamentssession vorausgehe. Sie sei mehr als ein ministerielles Programm, mehr als eine Verteidigungsrede, mehr als ein Lobgesang auf die Einigkeit. Briand bewies es gestern zuerst, daß er keine Zugeständnisse an Deutschland, sondern an Frankreichs Verbündete gemacht, daß sie unvermeidlich gewesen seien, angesichts des kollektiven Charakters des Friedensvertrages und endlich, daß die, die tadelten, die ersten gewesen seien, die der gemeinsamen Sache Opfer gebracht hätten. Briand sprach gestern als Europäer. Man müsse nach seiner Ansicht eine neue Politik anwenden, die sich den Bedürfnissen der neuen Welt anpassen. Diese Politik müsse sich nicht nur an die einzelnen Staaten sondern an das Staatensystem anpassen lassen. Frankreichs Interesse dürfte nicht von dem Interesse Europas gedrängt werden, dessen Gleichgewicht die Gesetze vorzuschreiben haben.

„Peuple" wirft Briand vor, daß er keine ausreichende Aufklärung über die Zukunft der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland gba. Er sprach nur von der allgemeinen Lage. Ein Programm gab er nicht, auch war die Rede keine gerechte Erläuterung des Wiesbadener Abkommens.

Alfred Cabusse schreibt zur Rede Briands, unsere Zeit lebe nicht mehr in der Einfachheit der Antike, worin man einen Gordischen Knoten mit dem Schwerte durchhieb. Heute könne man ihn nur mit Methode, Geduld und Scharfsinn langsam lösen. Weder Kraft noch Wagemut genügten mehr. Das sei der wirkliche Sinn der Briandschen Reden. Der versteckte Optimismus, der in der Rede enthalten sei, begründe nur sein Vertrauen auf die Anstrengungen und das Glücks Frankreichs. Er verheimliche die Schwierigkeiten nicht, sondern verhülle sie vielleicht nur, damit man den Mut habe, sich ihnen zu nähern, um sie zu überwinden.

Gustave Hervé sagt in der „Victoire", obwohl der Ministerpräsident aus seiner Rede jeden polemischen Ton systematisch verbannt habe, sei diese doch eine direkte Entgegnung auf die Tatzenhiebe des Tigers in St. Hermine, und die Protenschläge, die ihm täglich in der Presse seine Parteigänger die Karpatschenpolitik gegenüber Deutschland beibrächten.

„Libre Parole" sagt: **In dem Augenblick, wo die „Kölnische Zeitung" das Wiesbadener Abkommen als Beginn einer freundschaftlichen Versöhnungspolitik mit**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211011010/fragment/page=0001

Deutschland heute, zu der Stunde, da Lloyd George nochmals seinen Haß gegenüber Polen bezeuge, wußte der Chef der französischen Regierung nichts anderes zu tun, als sein Vertrauen in die Regierung Wirth zu bekunden. Die Rede von Nazaire sei eine neue Enttäuschung.

„Republique Francaise" schreibt: Wir wissen, um die Wahrheit zu sagen, nicht, wohin man uns führt. Nachdem Frankreich die haltlose Rede von Nazaire gelesen habe, werde es sagen, daß es einen kräftigeren Lotsen nötig habe, der besser wisse, wohin er die Barke führen wolle.

Vertagung der Kreditverhandlungen.

Die für morgen angekündigten Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und den Vertretern des Reichsverbands der deutschen Industrie über das Kreditangebot finden laut „B. T." morgen noch nicht statt, da die internen Besprechungen des Reichsverbandes noch nicht abgeschlossen sind.

Die Ludendorffspende.

Rechtsradikale Stimmungsmache.

Herr Wulle hat sich wieder mal ein kleines Sensationsnüchen leisten wollen, indem er in der Sonnabendnummer des von ihm herausgegebenen „Deutschen Abendblattes" die ordnungsmäßige Verwendung der Ludendorffspende anzweifelte. Seine Behauptungen, die selbstverständlich nur einer üblen Stimmungsmache dienen sollen, sind, wie das Reichsarbeitsministerium feststellt, ausnahmslos falsch. In der Richtigstellung des Reichsarbeitsministeriums heißt es:

Die im Jahre 1918 von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem die Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigt waren, unter dem Namen Ludendorffspende aufgebrachten Mittel — rund 160 Millionen Mark — sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder an eine Zentralstelle geflossen, sondern in den Ländern bezw. Provinzen verblieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge (in Preußen die Landeshauptleute, in Bayern die Regierungspräsidien usw.) gemäß den bei der Sammlung angegebenen Zweckbestimmungen und somit dem Spenderwillen entsprechend lediglich zur Ergänzung, nicht aber zur Entlastung der Reichs-, staatlichen und kommunalen Fürsorge verwandt. Dabei wirken entsprechend dem Gesetze vom 8. Februar 1919 die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit. Nur ein Bruchteil der Sammlungserträge wurde und wird als Reichsausgleichsfonds unter Mitwirkung der Spitzenorganisationen von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu Gunsten wiederum ergänzender allgemein deutscher Kriegerfürsorgezwecke verwaltet. Dabei wirken entsprechend dem obengenannten Gesetze die Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist der Rechtsnachfolger des alten Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge und gemäß dem genannten Gesetze dem Reichsarbeitsministerium angegliedert.

Aus diesem Tatbestand geht bereits die technische Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorffspende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden.

Hätten Verfasser und Verbreiter der Notiz tatsächlich mit dem Interesse an dem Los der Kriegsbeschädigten, das ihnen jetzt den Deckmantel für ihre Sensationen liefert, den Gang der Kriegsbeschädigtenfürsorge verfolgt, so hätten sie wissen können und müssen, daß in den Zeitschriften und Veröffentlichungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgiebige Mitteilungen über die Ludendorffspende und ihre Verwendung gemacht worden sind. Sie hätten dann auch erfahren, daß eine genrüfte Abrechnung der Ludendorffspende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und neben anderen Interessenten auch der gesamten Presse übermittelt worden ist. Aber selbst wenn sie bisher der Kriegsbeschädigtenfürsorge diese Aufmerksamkeit nicht geschenkt hätten, wäre es ihnen ein leichtes gewesen, durch eine Rückfrage beim Reichsausschuß oder beim Reichsarbeitsministerium den Tatbestand festzustellen. Von diesen naheliegenden und ihnen zugänglichen Möglichkeiten haben sie keinen Gebrauch gemacht. Dagegen aber haben sie sich nicht gescheut, verleumderische Beschuldigungen in die Welt zu setzen, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen. Angesichts der Tatsache, daß das ganze deutsche Volk zum Zusammenkommen der Ludendorffspende beigetragen und somit ein Interesse an ihrer Verwendung hat, kann dieses Verfahren nur als der Ausfluß eines in der Publizistik glücklicherweise seltenen Tiefstandes des moralischen und politischen Verantwortlichkeitsgefühl gekennzeichnet werden, der allerdings nur zu sehr geeignet ist, dafür zu sorgen, „daß das gesamte Ausland noch mehr wie bisher mit Fingern auf uns zeigt."

Das Urteil im Hembergerprozeß.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtung.) Im Mordprozeß Hemberger bejahten die Geschworenen bei Frage nur die Schuldfrage nach Totschlag, bei Frau Hemberger nur die Schuldfrage nach Begünstigung nach der Tat, Urkundenfälschung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Bezüglich der Frau Weise wurde die Frage nach Begünstigung bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frage III 2 Jahre Zuchthaus, gegen Frau Hemberger 3½ Jahre Gefängnis und gegen die Angeklagte Weise 3 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Frage auf fünf Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 1 Jahr 4 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Frau Hemberger auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr 3 Monaten Untersuchungshaft und gegen Frau Weise auf einen Monat Gefängnis.

Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit — Die Kartoffelversorgung — Eine Ehrengabe von 100000 Mark für Professor Abderhalden.

Die Verhandlungen leitet Stv. Keil (Deutschdem.). Er gibt bekannt, daß zwei kommunistische Dringlichkeitsanträge eingegangen sind: einer, der den Magistrat ersucht, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln sicherzustellen, ein anderer, der für die notleidende Bevölkerung in Rußland eine Beihilfe von 50000 Mark fordert. Sie werden am Schluß der Tagesordnung verhandelt.

Punkt 1. Anstelle von Frl. Stv. Schrecker, die ihr Mandat niedergelegt hat, werden für eine Anzahl Ausschüsse Ersatzleute gewählt. Desgleichen 2. ein Ersatzmann zur Deputation für das Stadtmagazin anstelle des Herrn Gerig. Als Nachfolger des Herrn Hennig wählt man in den Haushaltsausschuß Stv. Kürbs.

Punkt 3: Bewilligung von Baukostenzuschüssen für Wohnungsbauten auf dem Flugplatz kommt nicht zur Verhandlung.

4. Der Magistrat beantragt den Beitritt zum Kommunenverband mit einem Beitrag von 12200 Mark. Stv. Manschewski (Deutschdem.) empfiehlt den Antrag. Stv. Albrecht (Unabh.) und Stv. John (Komm.) wenden sich dagegen, weil keine Klarheit darüber sei, ob nicht die Arbeiter der Gemeinden durch solchen Zusammenschluß der Gemeindeverwaltung benachteiligt werden können.

Stv. Grauenhorst (Mehrheitssoz.): Die Gemeindearbeiter wünschen den Anschluß selbst, und zwar ist ihre stärkste Organisation dafür.

Stv. Kürbs (Unabh.): Wir sind grundsätzliche Gegner von Arbeitsgemeinschaften.

Der Beitritt wird beschlossen.

5. Stv. Weschke (Deutschdem.) berichtet über die geplante Erweiterung der Wasserrohrleitung. Man will namentlich die industriellen Unternehmungen auf Büschdorfer Flur mit hallischem Wasser versorgen. Der Wasserpreis soll jedesmal 4 Pfennig für ein Kubikmeter mehr als in der Stadt Halle gezahlt werden, betragen. Die Gemeinde Büschdorf zahlt einen Baukostenzuschuß von 15000 Mk. Die Versammlung stimmt zu.

6. Die Rückvergütung für Wasserverluste soll künftig in Fällen unverschuldeten Wasserverlustes 30 Prozent des Wasserpreises betragen. (Ref. Stv. Weschke (Deutschdem.)

Punkt 7 betrifft die Erhöhung der

Straßenbahnpreise,

die bekanntlich bedingt ist durch Lohnerhöhungen für die Angestellten im Betrage von über eine Million Mark. Stv. Ritter (Deutschdem.) berichtet im Einzelnen über die von uns schon ausführlich wiedergegebene Vorlage. Danach sollen für zwei Teilstrecken künftig 80 Pfg., für drei Teilstrecken 90 Pfg. (also je 10 Pfg. Preiserhöhung) und für mehr als drei Teilstrecken wie bisher eine Mark bezahlt werden. ahrscheinlichste kosten für zwei Teilstrecken 7,50 Mk., bisher 6,50, für drei Teilstrecken 9 Mk., bisher 8 Mk., für mehr als drei Teilstrecken wie bisher 10 Mk., steuerfreie Arbeiterwochenkarten 8 Mk., bisher 7 Mk., steuerpflichtige Arbeiterwochenkarten 9 Mk. statt bisher 7,50 Mk., Schülerwochenkarten wie bisher 5 Mk., Monatskarten für alle Strecken 70 Mk., bisher 60 Mk. Stv. Ritter empfiehlt die Vorlage. Stv. Gräfe (Unabh.): Wir haben im Großen und Ganzen keine Einwendungen gegen die Vorlage. Aber dagegen wehren wir uns, daß die Linie 2 künftig am Hallmarkt enden soll. Sie muß weiter bis zum Hettstedter Bahnhof fahren. Gewiß, man kann auf Linie 4 warten. Aber die Linie 4 wird oft außerstande sein, den Andrang der beiden Linien zu bewältigen. Auch das gefällt uns nicht, daß die Monatskarten bloß zu 70 und nicht auf 80 Mk. erhöht sind. Ferner konnten die Schülerkarten ebenfalls im Preise gesteigert werden oder man mußte sie ganz aufheben. Wir wollen keine Anträge stellen, aber bei weiteren Tarifsteigerungen kommen wir damit.

Stv. Ritter (Deutschdem.): Die Verteuerung der Monatskarten statt auf 70 auf 80 Mk würde die Arbeiter treffen, und zwar die Arbeiter mit dem Stehtragen. Wenn man berechnet, daß die Leute an 25 Werktagen auf ihrer Monatskarte täglich viermal fahren, kommt immerhin ein Preis von 70 Pfg. für die Fahrt heraus. Das sind also ganz reguläre Fahrgäste. Und der Vorteil ist, daß der Schaffner nicht durch die entwertet wird. Die Verteuerung der Schülerkarten wäre auch verkehrt. Die Schüler sind nicht in den meisten Fällen Kinder wohlhabender Eltern und sie fahren in verkehrsarmen Zeiten.

Stv. Bolte (Deutschdem.): Die Mansfelder Straße wird jetzt von zwei Linien befahren. Der Verkehr ist dort zumeist sehr gering. Linie 2 ist die unrentabelste Linie. Auch Städte mit ganz roter Verwaltung ziehen einfach solche Linien ein, z. B. hat das Berlin getan; durch Einziehung der Linien sind dort 3000 Angestellte zur Entlassung gekommen. Wenn Züge ankommen, können wir ja mit Anhängern fahren. Abends ist die Linie 2 eine tote Linie. Die Monatskarten darf man nicht stärker verteuern. Sie werden gelöst von Leuten, die sich vor den Toren angesiedelt haben. Bei 70 Mk. macht das schon im Jahre eine Ausgabe von 840 Mk., die man auf die Wohnungsmiete zurechnen muß. Mit den Schülerkarten ist es auch so: der Arbeiter verdient, und darum können wir seine Wochenkarte um ein Geringes steigern. Der Schüler aber verdient nichts. Die meisten Schüler stammen aus unbemittelten Familien. Die Linie 2 wird sehr stark nur bei Rennen benutzt.

Vorsteher Keil: In Leipzig erhebt man bei Pferderennen für die Linien, die zum Rennplatz führen, den doppelten Preis, nämlich 2 Mk. Das ist vielleicht auch hier zu empfehlen.

Stv. Bolte: Ich habe mir als Dezernent die Sache schon notiert. Wenn wir übrigens durch Verkürzung der Linie 2 auch nur einen Wagen sparen, so macht das im Jahr 150000 M. Ersparnis aus.

Stv. Ilgenstein (Komm.): Wir finden es richtiger, die Linie 4 zu verkürzen.

Stv. Steiner (Deutschdem.): Wenn man die Linie 4 am Hallmarkt enden läßt, so müssen die Einwohner aus dem Norden zweimal umsteigen. Es ist auch zu bedenken, daß viele Leute, die vom Markt zum Hettstedter Bahnhof wollen, nicht mehr die Straßenbahn benutzen, wenn sie schon am Hallmarkt ausgeladen werden.

Der Antrag Gräfe betreffs Linie 2 wird abgelehnt, die Vorlage genehmigt.

Punkt 8a betrifft die Gegenerstöhnung beim Stadttheater. Wir haben darüber bereits in der Sonntagsnummer ausführlich berichtet.

Stv. Borges (Deutschdem.) empfiehlt die Vorlage, welche für das noch sieben Monate umfassende Etatsjahr 348375 Mk. Mehrkosten erfordert. Aufs ganze Jahr berechnet, ergibt sich eine Steigerung von über einer halben Million so daß der Gesamtzuschuß des Stadttheaters dann auf anderthalb Millionen Mark anwachsen dürfte. Der Referent macht darauf aufmerksam, daß man angesichts dieses Riesenzuschusses rechtzeitig erwägen müsse, ob man nicht unseren Theaterbetrieb auf eine andere Grundlage (Gründung einer Kunstgemeinde) stellen müsse.

Stv. Albrecht (Unabh.): Besteht bei uns noch ein Chor? Durch eine persönliche Differenz mit dem Intendanten ist der Chor wohl auszuschalten. Die Gage der Chorsänger von 1200 M erscheint zu gering gegenüber der Gage der Orchestermitglieder, die mit 1300 M. anfängt. Der Chor kriegt doch auch seine Kinderzulagen. Daß der Intendant Sachse zu seinen 40000 M. gleich noch 10000 M. hinzubekommen soll, ist mir zuviel; 5000 M. täten es auch.

Stadtrat Fischer: Gewiß sind Differenzen mit dem Chor entstanden, der die Wiedereinstellung seines entlassenen Obmanns verlangte. Verhandlungen haben dazu geführt, daß der Chor jetzt darauf verzichtet. Eine Wiedereinstellung des Chors ist bisher daran gescheitert, daß der Präsident des Chorverbandes, der einen äußerst verletzenden unberechtigten Artikel gegen den Intendanten geschrieben hat, diesen Anwurf nicht zurücknehmen will. Wir werden aber bald zu einer Regelung kommen. Der Chor soll nicht unter diesen Verhältnissen leiden. Wir wollen ihm rückwirkend ab 1. Oktober die Gagen bezahlen. Der Chor ist übrigens mit 1200 M. zufrieden, zumal ihm Kinderzulagen zugestanden sind. Die Bezahlung des Intendanten Sachse ist geringer als die in anderen Städten. Ihnen ist er der Einzige am Theater, der nicht pensionsberechtigt ist.

Stv. Albrecht zieht seinen Antrag zurück. Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

9. Die Versammlung stimmt nachträglich der vom Magistrat dem Finanzamt gegenüber abgegebenen Haftungserklärung aus Anlaß der Annahme selbstzeichneter Kriegsanleihen auf das Reichsnotopfer seitens der städtischen Sparkasse zu. (Ref. Stv. Manschewski (Deutschdem.)

10. Dem Musiker beim Stadttheater, Lieder, der 32 Dienstjahre hat, wird ein Ruhegehalt von 7259 Mk. auf Widerruf bewilligt. (Ref. Stv. Rickwardt, Unabh.)

11. Dem Heizer Ludwig Vogler, der 1905 beim städtischen Elektrizitätswerk verunglückt und erwerbsunfähig geworden ist und von seiner Berufsgenossenschaft 68 Mk. Monatsrente bezieht, gewährt die Versammlung eine widerruftliche städtische Rente von 720 Mk. im Jahr. (Ref. Stv. Brinkmann, Deutschdem.)

12. Dem Evangelischen Kirchenmusikverein bewilligt man nachträglich zu den Kosten der Aufführung von Werken großer Meister hallischer Kirchenmusik einen Zuschuß von 2000 M. (Ref. Stv. Busse, Deutschnat.)

Stv. Albrecht (Unabh.): Wir sind keine Feinde der Kunst, auch nicht der kirchlichen Kunst. Aber der Verein hätte sein Eintrittsgeld hoch genug stellen sollen. Bei der Gewährung eines Zuschusses müßten ja auch die Mitglieder der jüdischen Gemeinde und die Dissidenten mitzahlen.

Bürgermeister Seydel: Die Feier war keine religiöse Veranstaltung im engeren Sinne. Sie hatte kulturelle Bedeutung. Und zudem ehrete sie die Meister, die in Halle als große Kirchenmusiker gewirkt und Halle dadurch berühmt gemacht haben. Herr Albrecht ist doch sonst dafür, daß dem Unbemittelten die Kunst zugängig gemacht wird. Hier verlangt er seltsamerweise hohe Eintrittspreise.

Stv. Knauthe (Komm.): Es ist wunderbar, daß der Herr Bürgermeister, der sonst nicht oft das Wort nimmt, stets redet, wenn es sich um solche Sachen handelt. Unlängst trat er für den Zuschuß an den Händelverein ein, jetzt will er hier einen kulturell-reaktionären Kunstverein unterstützen. Es leben unter uns junge Komponisten. Sie wirken im Arbeitersängerchor: Solche jungen Künstler (Zuruf: Junge Architekten! Heiterkeit. Anmerkung der Redaktion: Herr Knauthe ist Architekt) soll man fördern, ehe sie Leichen sind.

Stv. Wilke (Mehrheitssoz.): Die Veranstaltung, die hier in Betracht kommt, diente der Hebung der Kunst. Alle derartigen Versammlungen fördern Halle als Verkehrsstadt. Wir sind für die Vorlage.

Richtlinien für die Besoldung der Magistratsmitglieder fällt aus.

14. Das Vermächtnis des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Leutnants Jacobsen beschließt man, abzulehnen, da der Erblasser wahrscheinlich bei der Abfassung seines Testaments nicht voll dispositionsfähig gewesen ist und Verwandte übergangen hat, die Anspruch auf seinen Nachlaß haben. (Ref. Stv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.)

15. Den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses sollen die Bezüge erhöht werden. Man stellt dafür dem Magistrat 15000 Mk. zur Verfügung. (Ref. Stv. Hoe (Deutschdem.)

16. Der Krieger-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz bewilligt man eine einmalige Beihilfe von 1000 Mk. zur Beschaffung von Verbandsmaterial und Ausbesserung ihrer Wagen. (Ref. Stv. Busse (Deutschnat.)

17. Für die Opfer des Unglücks bei Oppau beantragt der Magistrat, ihm bis zu 50000 Mark zur Verfügung zu stellen. Stv. Manschewski (Deutschdem.) befürwortet die Vorlage.

Stv. Ilgenstein (Komm.) erklärt sich dafür, aber die Aktiengesellschaft, bei der das Unglück geschehen ist, dürfe natürlich nichts davon erhalten, denn sie habe in fünf Jahren insgesamt hundert Prozent ausschütten können. Den gleichen Betrag wie für Oppau müssen wir auch für die hungernde Bevölkerung in Rußland bewilligen.

Stadtrat Velthuysen: Die Aktiengesellschaft kommt natürlich für die Unterstützung nicht in Frage. Wir zahlen unseren Beitrag an das amtliche Hilfskomitee, das die Hinterbliebenen unterstützt. Für Rußland hat der Magistrat absichtlich keine Vorlage gemacht; ihm scheint das unmöglich in einer Zeit, wo wir vom Auslande so große Unterstützungen annehmen und wir gerade in Halle von den Quäkern so hohe Zuwendungen erhalten.

Der Antrag des Magistrats wird angenommen.

18. Für die Angestellten der Stiftungen werden 61000 Mark zur Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt. (Ref. Stv Kürbs (Unabh.)

19. Für Unterhaltung der elektrischen Schrankensicherungsanlagen der städtischen Kassen bewilligt die Versammlung 1000 Mark. (Ref. Stv. Brömme (Unabh.)

20. Für den Ankauf und Aufstellung von fünf neuen Umformern werden 555000 Mark nachbewilligt. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.).

21. Der Mietsvertrag mit dem Gastwirt Schneider über die Schlachthofwirtschaft wird auf ein weiteres Jahr verlängert; der Mietpreis erhöht sich von 5500 auf 7000 Mark. (Ref. Stv. Zien (Unabh.).

22. Vom Kommerzienrat Kuhni beschließt man, 11033 Quadratmeter Land an der Paukuskirche zu Kleinwohnungsbauten zu kaufen, der Quadratmeter kostet 31 Mark; im Ganzen sind 350000 Mark aufzuwenden. (Ref. Stv. Schrader (Deutschnat.).

23 und 24: Die Gesuche des Arbeitersängerchors und des Männergesangvereins Halle 1911 um Zuschüsse werden dem Magistrat als Material überwiesen, damit er in einer der nächsten Sitzungen eine Vorlage einbringt. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.)

25. Das Gesuch der Lichtspieltheater um Abbau der Lustbarkeitssteuer wird gleichfalls dem Magistrat als Material überwiesen, da der Magistrat bereits die Sache bearbeitet. (Ref. Stv. Borges (Deutschdem.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211011010/fragment/page=0002

Punkt 26 betrifft das Gesuch des Zentralverbandes der Angestellten um Einführung der

durchgehenden Dienstzeit in den städtischen Bureaus.

Stv. Mendorf (Komm.): Die Einführung der geteilten Arbeitszeit ist gegen den Willen der Angestellten vorgenommen. Aber die durchgehende Arbeitszeit liegt nicht bloß im Interesse der Angestellten, sondern auch der Stadt selbst. Die Stadt spart dadurch an Licht und Heizung. Sie braucht die Heizungen und die Lichtanlagen nicht weiter auszubauen. Insgesamt spart sie dadurch eine Million Mark. Im Petitionsausschuß haben wir sehr eingehend darüber gesprochen. Der Magistratsvertreter legte dabei klar, daß ministerielle Anordnungen die geteilte Arbeitszeit verlangen. Der Ausschuß beschloß, vorzuschlagen, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Stadtrat Velthuysen: Die Petenten haben sich beim Regierungspräsidenten beschwert. Aber der Regierungspräsident hat sich auf die Seite des Magistrats gestellt. Seit 1920 sind 8 Erlasse des Ministers ergangen, die mit Rücksicht auf die Not des Vaterlandes die geteilte Dienstzeit, bei der mehr geleistet werden kann, verlangen. Die Einführung der geteilten Dienstzeit ist von ungeheurer Bedeutung.

Stv. Müller (Mehrheitssoz.): Gespart wird bei der Sache keineswegs, im Gegenteil, der geteilte Dienst ist viel teurer. Man braucht viel mehr für Feuerung und Beleuchtung. Der Magistrat hätte mit dem Angestelltenausschuß verhandeln müssen, aber er hat die Sache eingeführt, als der Ausschuß grade nicht ganz intakt war. Es ist falsch, zu sagen, daß die Mittagserholungspause die Leute frischer an die Arbeit bringt. Die Unfallstatistik lehrt, daß die meisten Fälle nach den Pausen eintreten. Ganz unverständlich ist die geteilte Arbeitszeit beim städtischen Arbeitsamt, wo nachmittags niemand nachfragt. Durch die geteilte Arbeitszeit, die sich bis einhalb sieben abends ausdehnt, werden 400 000 Mark an Licht mehr verbraucht. Im März haben die Beamten abgestimmt: 93 Prozent haben sich daran beteiligt: 90 Prozent waren für durchgehende Arbeitszeit. Die geteilte Arbeitszeit ist also eine diktatorische Maßnahme des Magistrats.

Stadtrat Velthuysen: Nicht aus Vergnügen diktiert der Magistrat. Aber das Interesse auf die Gesamtheit zwingt ihn dazu. Da müssen mal gewerkschaftliche Interessen zurückstehen. Wir können den Etat nicht balancieren, ohne durch die geteilte Arbeitszeit die Beamten voll gespannen. Wir haben 1200—1500 städtische Beamte. Was trägt da eine einzige Stunde Mehrarbeitszeit aus zum Vorteil der Gesamtheit? Die Ersparnisse an Licht und Feuerung wiegen dagegen leicht. Sie sind längst nicht so beträchtlich wie hier gesagt wird. Die Organisationen sind sämtlich gefragt worden. Richtig ist, daß sie gegen die geteilte Arbeitszeit waren. Aber wir konnten ihnen nicht folgen aus Rücksicht auf das Gesamtinteresse. Es ist verkehrt, wenn darin, daß an vier Tagen in der Woche 8½ Stunde gearbeitet wird, man einen Anschlag auf den Achtstundentag vermutet. Statt 48 Stunden arbeiten die städtischen Beamten nur 46 Stunden die Woche, denn sie haben Mittwoch und Sonnabendnachmittag frei. Das Bankgewerbe hat auch geteilte Arbeitszeit im Interesse höherer Leistungen eingeführt. Wir müssen eine Beamtenvermehrung vornehmen, wenn wir durchgehende Arbeitszeit wieder einführen.

Stv. Günther (Komm.): In dieser Frage hat die Beamtenschaft mitzubestimmen, wie in den Privatbetrieben. Die geteilte Arbeitszeit ist unendlich teuer. Sie kostet Hunderttausende mehr an Licht und Heizung. Eine Menge Beamte können jetzt gar nicht arbeiten, weil es in den Bureaus zu dunkel ist. Es sind mindestens 50 Angestellte, die in dieser Hinsicht in Betracht kommen.

Bürgermeister Sendel: Wir müssen die Verwaltung nach finanziellen Gesichtspunkten einrichten. Sonst geht alles zu Bruche, auch unsere sozialen Bestrebungen. Durch die geteilte Arbeitszeit wird das Interesse der Verwaltung und der Beamten selbst wahrgenommen. Man kann nicht sieben bis acht Stunden hintereinander intensiv arbeiten; das gibt der Körper nicht her. Da wird die Nervenkraft ruiniert. Die Mehrausgaben für Licht und Heizung sind für den Ausfall an Arbeitsleistung kein Ausgleich. Wir wollen nicht die Arbeitskräfte vermehren, wir wollen lieber den Beamten, die da sind, eine genügende Entlohnung geben. Die Freigabe des Mittwoch nachmittag ist ein Entgegenkommen; das Entgegenkommen war aber nur möglich, wenn wir an vier Tagen die achteinhalbstündige Arbeitszeit einrichteten. Soll der freie Mittwoch nachmittag wegfallen und täglich nur acht Stunden gearbeitet werden, wird der Magistrat wohl zustimmen. Für den einzelnen Beamten ist es natürlich erfreulich, wenn er, wie es die durchgehende Arbeitszeit ermöglicht, früher nach Hause kommt, und menschlich ist es, daß er dafür stimmt. Aber wir haben das Interesse der Verwaltung wahrzunehmen.

Stadtrat Velthuysen: Wir haben den Beamtenausschuß stets an, aber das Gesamtinteresse verbot uns, ihm hier nachzugeben. Richtig ist, daß viele Anträge auf Einrichtung anderer Beleuchtung eingelaufen sind. Wo es nötig ist, wird Beleuchtung neu eingerichtet, aber das ist nur für einige Stellen der Fall. Die Sekretäre und Bureauvorsteher sind die Hauptstützen der Verwaltung. Diese Beamten aber, die doch gewiß Verantwortlichkeitsgefühl haben, erklärten, sie könnten nicht solange arbeiten, wie die durchgehende Arbeitszeit es verlangt. Ihr Geist vertrage diese Anstrengung nicht.

Stv. Balke (Deutschdem.): Wir werden den Streit, ob geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit, hier nicht einwandfrei schlichten können. Wer nicht arbeiten will, der leistet bei geteilter und bei ungeteilter Arbeitszeit nicht sein volles Pensum. Die Erlasse, die Herr Stadtrat Velthuysen anführt, verlangen nicht die geteilte Arbeitszeit; für die Großstädte ist die ungeteilte Arbeitszeit zugelassen. In der zweistündigen Mittagspause bei geteilter Arbeitszeit hetzen sich die Leute, die einen weiten Weg haben, ab und kommen nicht mit frischen Kräften wieder in den Dienst. Ich erinnere daran, daß viele Beamte in Cröllwitz wohnen. Diese Beamten müssen auch Fahrgeld aufwenden, um Mittags nach Hause und wieder zurück ins Bureau zu gelangen. Ob verärgerte Beamte tatsächlich mehr leisten, als solche, die mit ihrem Dienst zufrieden sind, ist recht zweifelhaft. An Licht und Heizung wird enorm gespart. Ich bin vierzig Jahre Beamter, ich habe Sachkenntnis. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es so nicht weiter geht. Daß gerade in diesem Punkte vom Etatbalancieren gesprochen wird, will mir nicht in den Kopf. Die Arbeitsordnung wird im Einvernehmen mit den Arbeitern festgesetzt, warum denn nicht auch im Einvernehmen mit den Beamten? Soll denn der Beamte immer das Karnickel sein?

Stv. Kürbs: (Unabh.): Die ganze Maßnahme ist ein Anschlag auf den Achtstundentag, der Anfang zur allmählichen Abschaffung.

Stv. Schweickert (Unabh.): Die Hilfsangestellten sind in den städtischen Büros bahnbrechend geworden. Jetzt haben die Beamten von ihnen gelernt. Von dem Schlichtungsausschuß ist festgestellt, daß 90 Prozent die durchgehende Arbeitszeit wünschen. Es werden nicht bloß 400 000 Mark für Licht und Feuerung gespart, sondern 1 Million. Gegen die durchgehende Arbeitszeit sträubten sich nur ganz Wenige, und das sind ganz alte Beamte. Die kommen zwar pünktlich, aber ob sie etwas leisten, ist eine andere Frage. Die machen ihren alten Stiebel so hin.

Stadtrat Velthuysen: Nicht der Achtstundentag wird von uns angegriffen: Wir haben doch statt der 48 Stundenwoche die 46 Stundenwoche eingeführt. Daß die Hilfsangestellten bahnbrechend gewirkt hätten, diese Behauptung werden die Beamten energisch zurückweisen. Herr Schweickert irrt sich in seiner Berechnung ungefähr um eine Million, was die Ersparnisse anlangt. Die alten Beamten mit ihrer Pünktlichkeit und Peinlichkeit haben hohen Wert für die Verwaltung.

An der Debatte beteiligten sich dann noch ungefähr ein Dutzend Redner. Stv. Bundt (Deutschnat.) erklärt sich gegen die durchgehende Arbeitszeit vom gesundheitlichen Standpunkte aus. Stv. Knauthe (Unabh.) meint, er gebe auf das Urteil der Aerzte nichts mehr, nachdem Ludendorff Dr. med. geworden wäre. (Heiterkeit).

Stadtbaurat Jost stellt auf Grund amtlicher Berechnungen fest, daß bei der geteilten Arbeitszeit die Mehrkosten an Licht und Heizung nicht über 300 000 Mark hinausgehen.

Die Versammlung beschließt mit erheblicher Mehrheit, die Eingabe dem Magistrat

zur Berücksichtigung

zu empfehlen.

27. Das Gesuch des Herrn Döring um Gewährung einer Beihilfe wird abgelehnt, ein Gesuch um Wiedereinstellung in den städtischen Dienst zur Berücksichtigung empfohlen.

28. Das Gesuch des Volksassistenten von Büchnowsky um Zuweisung einer Wohnung wird für erledigt erklärt.

29. Der Antrag der Dauerangestellten Klara Wahl auf Versetzung nach Gruppe 4 der Besoldungsordnung wird abgelehnt.

30. Der Antrag des Zentralverbandes proletarischer Freidenker um Ueberlassung von Schulräumen für Moralunterricht wird dem Magistrat zur Erledigung übergeben.

Außerhalb der Tagesordnung beschließt man die Aufhebung der Flüchtlinge in der Eichendorffstraße.

Der kommunistische Antrag, der Magistrat möge Schritte tun, um die Versorgung der unbemittelten hallischen Bevölkerung mit Winterkartoffeln sicherzustellen, wird vom Stadtverordneten Weber begründet. Vorsteher Keil schlägt vor, dem Antrage, aus dem das Wort „unbemittelt" herausgestrichen wird, ohne Debatte zuzustimmen. Es geschieht.

Der kommunistische Antrag für das notleidende Rußland 50 000 Mark zu bewilligen, geht an den Haushaltsausschuß.

*

In der geschlossenen Sitzung erledigte man eine Anzahl Vorlagen über Anstellung von Beamten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf eine

Ehrengabe für Professor Abderhalden.

Der Magistrat hat beschlossen, zum Dank dafür, daß Professor Abderhalden unlängst einen Ruf an die Universität Basel abgelehnt hat, ihm eine Ehrengabe von 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Es sollen damit dem Stolz Ausdruck gegeben werden, daß Halle einen Forscher von Weltruf, wie Abderhalden besitzt, und zugleich die Tatsache zur Würdigung kommen, daß Professor Abderhalden durch seine Initiative das große Hilfswerk organisiert hat, wonach Hunderten unterernährter deutscher, besonders auch hallischer Kinder, gastliche Aufnahme im Auslande geboten wurde.

Die Versammlung stimmte freudig zu. Schluß nach 8 Uhr.

Unter den Werks- und Strecken-Unterhaltungs-Arbeitern der Eisenbahn Direktion Halle

gärt es. Nicht wirtschaftliche Sorgen sind es, die zur Erregung veranlassen, sondern die Schwarzseherei, daß man für den Achtstundentag fürchtet. Dem Vorgehen der Arbeiterschaft liegt, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, folgender Sachverhalt zugrunde.

Bisher wurde durchgehend 8 Stunden gearbeitet, d. h. es wurden nur ¼ Stunde Frühstücks- und ¼ Stunde Vesperpause gewährt. Beide Ruhepausen wurden aber mit zu den 8 Stunden gerechnet. Mit der Zeit hat sich jedoch herausgestellt, daß sich die durchgehende Arbeitszeit bei solchen schweren Arbeitsleistungen, die die Arbeiter dieser Abteilungen verrichten müssen, durchaus nicht bewährt. Die Arbeiter sind die letzten Stunden immer ziemlich stark erschöpft und keineswegs mehr voll leistungsfähig. Von der Regierung ist daher verfügt worden, daß die Arbeitszeit durch eine mindestens einstündige Ruhepause unterbrochen werden müsse, die natürlich nicht in den Achtstundentag hineingerechnet wird, also eine Mittagspause, die nach dem Wunsche der Arbeiter eventuell noch über eine Stunde ausgedehnt werden könne. Das paßt den Angestellten durchaus nicht. Viele haben nämlich noch eine Nebenbeschäftigung, deren Weiterführung dann in Frage gestellt werden könne, und so wehrt man sich mit aller Macht und hat bereits mit dem äußersten gewerkschaftlichen Mittel gedroht, obwohl unsere hallische Eisenbahn-Direktion keineswegs in der Lage ist, irgendwelche Aenderungen zu treffen, das es sich ja um eine Maßnahme von oben herab handelt.

In den benachbarten Bezirken scheint man sich dieser Neuerung gar nicht ablehnend gegenüberzustellen, wenigstens waren bis zur Stunde noch keinerlei Maßnahmen der Arbeiterschaft der angrenzenden Bezirke bekannt.

Schwurgericht.

Versuchter Mord an Arbeitskameraden.

Der an den Zschornewitzer Werken beschäftigt gewesene, in Oranienbaum wohnende 24jährige Arbeiter Otto Seemann bot seinem Arbeitskollegen, dem Stellmacher Pawlitzek, einem Schlesier, der erst vor einigen Tagen zugezogen war, ein Paar gute Schuhe für 100 Mark an. Die Schuhe gehörten einem Polen, der im Nachbarorte Jüdenberg wohnte. Am 16. Juli d. J. machten die beiden sich auf nach Jüdenberg, um die Schuhe zu holen. Nach einstündigem Marsche kamen sie in einem Wald. Hier ließ Seemann seinen Freund einige Schritte vorweggehen und gab dann plötzlich aus einem Revolver einen Schuß auf ihn ab, der den Stellmacher am Kopfe streifte. Der Getroffene wandte sich um, zog seine Brieftasche und sein Portemonnaie vor bot es dem Mordbuben an. Dieser aber achtete nicht darauf, sondern schoß noch fünfmal auf sein Opfer und traf es in Hals, Schulter und Arm. Als Seemann trotz seiner schweren Verletzungen noch Kraft genug fand, ins Dickicht zu springen, eilte der Mordgeselle ihm mit gezücktem Messer nach, um ihn vollends zu töten; doch gelang es dem Ueberfallenen, sich in Sicherheit zu bringen.

Die Geschworenen bejahten die Frage nach Mordversuch, worauf das Gericht den Angeklagten zu 8½ Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurteilte.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Lutta Marlmann, Halle — Franz Steffens, Bonn.

Gestorben: Pfarrer em. H. Hundertmark, Reuß. Dipl.-Ing. Dr. phil. Max Eichler, Gut Lindenau bei Kissing. Malermeister Karl Völker, Halle. Johannes Fasbauer, Halle (68 J.) Schneidermeister Otto Kleeblatt, Halle (54 J.)

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Berlin-Karlshorst.

(Montag, den 10. Oktober.)

I. Immergrüne Hürdenrennen. Verkaufsrennen. 25 000 Mark. 2800 Meter. 1. Kapl (Kukuites), 2. Quälgeist, 3. Hellebarde. Tot: Sieg 19, Platz 12, 18, 14:10. Ferner liefen Abolar, Mozart, Tempelritter, Schwanenkitten.

II. Linden Jagdrennen. Ehrenpreis und 20 000 Mk 3400 Meter. 1. Malachit (Scholz), 2. Glatteis, 3. Luftfahrt. Tot: Sieg 52, Platz 19, 15:10. Ferner liefen Rotbart, Feva, Reichard.

III. Vorwerk-Jagdrennen. Lehrlingsreiten. 20 000 Mk. 3700 Meter. 1. Pinrette (Knospe), 2. Innsbruck, 3. Kanunel. Tot: Sieg 27, Platz 16, 18, 23:10. Ferner liefen Fachinger, Korolly, Orlanne, Saskia, Merseburg, Ruka, Theodor Körner.

IV. Großer Preis von Karlshorst. Jagdrennen. Ehrenpreis und 150 000 Mk. 6500 Meter. 1. Feerabend (Hr. v. Keller), 2. Bennewar (Frh. v. Perchem), 3. Ratte (Streit). Tot: Sieg 95, Platz 26, 26:10. Ferner liefen Philline, Marmolata, Fustanella.

V. Preis von Münchsberg. Ehrenpreis und 20 000 Mk. 2000 Meter. 1. Meisterin (Frh. v. Perchem), 2. Paukenschläger. 3. Hanu. Tot: Sieg 55, Platz 21, 36:10. Ferner liefen Seni, Perseus, Harmodius.

VI. Preis von Grünau. Jagdrennen. Ausgleich. 25 000 Mk. 3600 Meter. 1. Herzog (Hr. v. Pelzer); 2. Parma II; 3. Fontasee. Tot: Sieg 58, Platz 16, 20, 16:10. Ferner liefen Smaragd, Flandern, Noriella, Snob.

VII. Ehrengard Hürdenrennen. 30 000 Mk. 3000 Meter. 1. Györök (Gorsler), 2. Orkus, 3. Radiola. Tot: Sieg 70, Platz 23, 21, 16:10. Ferner liefen: Harlekin, Diplomatie Komoran, Rosmarin, Heimat, Don Binion, Wachtel, Leonore, Sechenfeu, Dragomann.

Voraussagen für Frankfurt a. M.

Dienstag den 11. Oktober.

1. R. Stall Meinberg — Stall Oyel; 2. R. Wall — Gyp, 3. R. Pallenberg — Stall Weinberg; 4. R. Sendlitz — Stall Ostheim; 5. R. Deitzit — Otello; 6. R. Reinweiß — Kern.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G in Nienburg.

□ Die gestrige ordentliche Generalversammlung der Nienburg. Die gestrige ordentliche Generalversammlung der Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik war von 7 Aktionären mit 601 000 Kapital besucht. Das Rechnungswerk wurde ohne Widerspruch genehmigt und vorschlagsgemäß die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent auf das gesamte Aktienkapital beschlossen. Das Werk war, wie der Vorsitzende mitteilte, im vergangenen Jahre in allen Betrieben voll beschäftigt. Die neu aufgenommene Abteilung Gummi-Maschinenbau habe sich gut entwickelt und müsse sogar bald erweitert werden. Die Ausfuhr sei allerdings infolge des ungünstigen Standes der Valuta gegen Schluß des Geschäftsjahres stark zurückgegangen, was bis heute sich auch noch nicht gebessert habe. Zur Zeit liegen aber noch reiche Aufträge vor, so daß auch das gegenwärtige Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis bringen werde.

Ueber die mannigfaltigen Gerüchte, die sich über das Unternehmen im Umlauf befinden, wurde mitgeteilt, daß die Fabrik bisher nur die Gebäude und den Grund und Boden der angrenzenden stillgelegten Zuckerfabrik zu einem günstigen Kaufpreis erworben habe. Das sei geschehen, um eine Ausdehnungsmöglichkeit zu haben. An eine Erhöhung des Aktienkapitals sei zunächst nicht gedacht; sie werde sich aber nötig machen, wenn die tatsächlich ins Auge gefaßten Erweiterungsbauten auf dem neu erworbenen Gelände durchgeführt werden.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 19. Oktober 1921.

Chemnitzer Bankverein	—	Mansfelder Kuxe	13825
Leipziger Hypoth. Bank	177,00	Oelsnitzer Kuxe	1450,00
Mitteld. Privatbank	—	Pittler, Leipzig	670,00
Cröllwitzer Papierfabk.	750,00	Prehlitzer Stamm-Akt.	—
Clauziger Zuckerfabk.	1300,00	„ Priorit.-Akt.	—
Gr. Leipziger Strassenbahn	5,25	Riebeckbier	600,00
Hallesche Zuckerraff.	890,00	„ Vorzugs-Akt.	125,00
„ Zementfabk.	—	Rositzer Zuckerraff.	720,00
Hugo Schneider, Paunsd.	630,00	Rudelsburger Zementfabk.	740,00
Körbisd. Zuckerfabk.	—	Sachsenwerk	598,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	1460,00	Sondermann u. Stier	520,00
Leipziger Malzfabrik	450,00	Stöhr & Co.	2100
		Zimmermann, Halle	550,00
		Zimmermann, Chemnitz	635,00

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Amtliche Produktennotierungen.

Berlin, 10. Okt. (Telegramm.) Weizen märkischer 232—234, ruhig. Roggen märkischer 184—186, behauptet. Wintergerste 218—228, Sommergerste 255—270, fest. Hafer märkischer 192—195, behauptet. Mai La Plata Oktober-Januar 175—177, ohne Provenienzangabe Oktober-Januar 172—173, fest. Weizenmehl 670—675, ruhig. Roggenmehl 470—520, fest. Weizenkleie 125—130 ruhig. Roggenkleie 125—135, ruhig. Raps 400—425, ruhig. Rüben 5 Mk. unter Rapspreis. Viktoriaerbsen 315—330, kleine Speiseerbsen 220—240, Futtererbsen 180—200. Peluschken 185 bis 190. Lupinen, blaue 110—115, gelbe 110—125. Rapskuchen 140—250. Leinkuchen 220—240. Trockenschnitzel 126, Okt.-Jan. 125. Leinsaat 350—365, ruhig.

Produktenbericht.

Am Produktenmarkte machte sich keine einheitliche Tendenz geltend. Die Händler beobachteten wegen des Schwankens der Devisenkurse Zurückhaltung. Weizen wurde bei nur unwesentlich veränderten Preisen wenig umgesetzt. Roggen war nach wie vor nach Mitteldeutschland, dem Westen und Süden unseres Landes, hauptsächlich zu Umlagezwecken begehrt. Gerste und Hafer waren wenig angeboten. Besonders machte sich das Fehlen schlesischer Offerten bemerkbar. Sommergerste wurde von Brauern und Mälzern gesucht, die aber nur zu hohen Preisen zu haben, die sich der Parität grenze der dänischen Ware annähern. Mais war wegen höherer amerikanischer Notierungen fest bei sehr geringen Umsätzen. Für die übrigen Artikel des Marktes ist keine Veränderung zu melden. Rauhfutter unverändert.

Metallnotierungen.

Berlin, 10. Okt. (Telegramm.) Raffinade-Kupfer 93 bis 99proz. 3000—3025; Orig.-Hüttenweichlöt 1100—1150; Orig.-Hüttenrohzink im freien Verkehr 1200—1225; ab Dtsch. Hütte, Preis des Zinkhütten-Verbandes 1287; Remelted Plattenzink 940—960; Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. in Walzdraht oder Drahtwaren) 4850—4950; Zinn (Banco, Straits, Australi) 7300—7400; Hüttenzinn mindestens 99proz. 7150—7200; Reinnickel 98—99proz. 6200—6300; Antimon 1175—1225; Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 2825 bis 2450; Elektrolytkupfer (per 100 Kog.) 5618.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Kommunalpolitik: Eugen Brinkmann, für Feuilleton und Beilagen: Martin Feuchtwanger, für Lokales, Gericht und Vermischtes: Dr. Karl Baer, für Sport und Provinz: Curt Graf, für den Anzeigenteil: K. Kranz.
Verlag und Druck Hofbuchdruckerei A. W. Kafemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211011010/fragment/page=0003

Amtliche Kurse der Berliner Börse vom 10. Oktober 1921.

Weiterer Verlauf der Börse.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Im weiteren Verlauf wurde die Haltung der Börse im allgemeinen schwächer, da die Spekulation zu Abgaben schritt. Auch die weitere Abschwächung der Devisenkurse wirkte verstimmend. Schwächer wurden Harpener 898 nach 900, Kattowitzer 490 nach 495, Lothringer Hütten 735 nach 740, Oberbedarf 700 nach 705, Phönix 940 nach 945, Elektrische Licht und Kraft 407 nach 410, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen 450 nach 453, Schuckenwerk 551 nach 560, Elektrische Lieferungs-Gesellschaft 525 nach 535 und Lahmeyer 480 nach 490, Bingwerke 596 nach 597¾, Deutsche Waffen 1100 nach 1110, Gasmotoren Deutz 780 nach 782½, Humboldt-Maschi. 643½ nach 654, Otavi Genußsch. 642 nach 645, Deutsche Petroleum 1105 nach 1110, C. Lorenz 725 nach 745 und Görl. Waggon 865 nach 870. Stark anziehend 602 nach 470 und Hanno 465 nach 470. Fester dagegen Bing. Handelsanteile mit 415 nach 386, Deutsche Bank 438 nach 435. Auch einige Spezialpapiere konnten sich erholen, so Hoesch mit 1014 nach 1010, Rheinstahl 1140 nach 1108, AEG 609 nach 608, Hohenlohe 459 nach 455, Hirsch Kupfer 680 nach 670, Köln-Rottweil 800 nach 790.

Oberbayerische Ueberland-Zentrale. Der Kurs der Aktien wurde heute zum ersten Male notiert. Er stellte sich bei großer Nachfrage auf 625 und wurde dabei repartiert.

Linke Hofmann-Obligationen werden am 13. Oktober erstmalig notiert werden.

Gegen 5½ Uhr trat eine neue leichte Abschwächung ein, und lediglich für einige Spezialitäten zeigte sich bei steigenden Kursen stärkere Nachfrage.

2-Uhr-Kurse: Phönix 915, Gelsenkirchen 730, Harpener 896, Obrbedarf 685, Hohenlohe 457, Bochumer 830, Laurahütte 650, Dt. Luxemb. 723, Rheinstahl 1105, Kattowitz 494, Orenstein 1090, Otavi 675, Canada 830, Deutsche Packet 399½, Nordd. Lloyd 427, Hansa 464, Dt. Australier 404, Hamburg Süd 596, Siemann 401, Südsee 2300, Dt. Kolonial 3200, Pomona 4300, Dt. Erdöl 1325, Petroleum 1140.

Devisen	Bank Disk	10. 10. Geld	10. 10. Brief	8. 10. Geld	8. 10. Brief
Reichsb.-Diskont: 5 %, Lombard: 6 %					
Holland . . . Gulden	4½	3998,5	4001,50	3996,000	4004,000
Belgien . . . Frank.	5	876,00	878,40	876,00	878,40
Christiania . . Kronen	6	1478,50	1481,50	1483,50	1486,50
Kopenhagen . Kronen	6	2297,70	2297,80	2292,70	2297,80
Schweden . . Kronen	6	2829,65	2835,35	2812,15	2817,85
Helsingfors . . finn. M.	9	179,30	179,70	178,30	178,70
Italien . . . Lire	6	492,00	493,00	487,00	488,00
London . . . Lstr.	5½	467,00	468,00	467,00	468,00
New York . . Dollars	4	129,57	129,87	123,15	123,45
Paris . . . Frank.	5½	892,60	894,40	891,10	892,90
Schweiz . . . Frank.	4	2202,75	2207,25	2187,80	2192,20
Spanien . . . Pesetas	6	1638,35	1641,65	1630,85	1634,15
Dt.-Oest. (abgest.) Kr.		6,70	6,80	6,68	6,72
Prag . . . Kronen	6	132,35	132,65	130,45	130,75
Budapest . . Kronen	—	18,48	18,52	18,03	18,07
Buenos Aires Pap. Peso	—	40,45	40,55	40,24	40,30

Deutsche Anleihen.

		Heute	Vortag
D. R.-Anl. u. 24	5	77,50	77,50
do. 1907	4	72,90	72,70
do. do.	3½	69,75	65,25
do. do.	3	78,00	77,50
D.R.-Schutzg.-Anleihe	4	89,00	95,00
D.Sp.-Pr.-Anl.	7	79,50	79,80
Pr.St.-Schtz.	3	99,60	99,50
do. ausloseh.	14	84,50	—
Pr.ens.Anl.uk.	4	69,25	62,90
do. Staff. Anl.	3½	56,00	56,00
do. do.	3½	55,25	55,90
do. do.	3	51,25	52,25
Bad. St.-Anl.	01	4	—
Bayer. St.-Anl.	4	68,00	67,00
do. do.	3½	55,50	55,70
do. Eisb.-Obl.	3	55,60	55,25
Bremen 1919	4½	98,25	97,25
do. A.1.08.09.11	4	88,00	87,00
do. 1887-99.05	3½	69,00	69,25
Hamb. Sts. Rte.	3½	70,60	70,00
do. do. 1919	4	—	95,90
Meckl. Ld. A.14	4	70,50	69,25
Oldb. St.-A. 9.12	4	80,25	80,25
Sächs. St.-A. 19	4	73,00	72,75
do. St.-Rente	3	52,80	52,00

Preußische Pfandbriefe

		Heute	Vortag
Berliner neue	4	89,00	87,00
do. neue	4½	79,00	78,00
do. neue	3	—	—
Brdb. Ptdbr. Bl.	4	83,50	67,00
Kur. u. Nn. neu	3½	—	—
do. do. Kum.-O.	4	85,50	—
Ldschft. Cent.	4	87,25	87,25
do. do.	3½	73,70	73,75
do. do.	3	68,50	68,50
Ostpreußische	4	80,00	79,90
do. do.	3½	67,25	68,30
do. do.	3	58,00	67,00
Pommersche	4	87,75	86,25
do.	3½	76,00	75,00
Posen neue	4	14,25	13,8
Sächs. neue	4	35,50	32,25
Schl. Indsch. A.	4	91,75	91,60
Schl. Hol. L. A.	4	94,75	93,50
Westfälische	4	88,25	88,00
Wstpr. nldsch.	4	56,25	52,25
do. neulndsch.	3½	52,00	49,5

Prämien-Anleihen

		Heute	Vortag
Braunschw. 20 T. L.	—	—	528,00
Hamb. 50 T.-L.	3	—	—
Oldbg. 40 T.-L.	3	—	160,00
S.-Mein. 7 Fl.-L.	—	—	105,00
Augsb. 7 Fl.-L.	—	—	90,00
Cöln Minden	3½	—	169,50

Hypothekenb.-Pfandbr.

		Heute	Vortag
Berliner Sth.	4	92,85	—
do. Bod.	4	102,25	105,80
dt. 4-7.5.15-16	4	84,80	84,60
do. 8.	3½	77,50	77,50
Brdb. Girovrb.	4½	—	—
D. Hyp.-B. Bel.	4	—	—
S. 24 unk. 23	4½	101,00	102,00
do. S. 1 u. 1a.	4	84,50	84,50
Goth. Grdk. A.	4	162,00	161,00
do. 2.3.4.u.7.11	4	103,25	—
do. A. 6. 7	4	87,00	87,00
Hamb. Hyp.-B.	4	69,80	—
do. S. 1-19u. 30	3½	73,50	73,50
Mekl. Hyp. u. W. S. 1-7	4	—	80,75
Meklnb.-Strel.	4	91,00	91,00
do.	3½	75,00	75,00
Meining. Hyp.	3½	74,50	74,50
Nd. Grdk. S. 2-6	4	83,00	—
4. S. 7—9.	4	—	70,00
Pr. Bdk. S. 8. 18	—	—	—
14	3½	84,50	84,50
do. 3. 11-16 kv.	3½	72,00	71,50
Pr. Ctr.-B. 18	4	86,75	86,25
do. 1904	3½	72,00	72,00
P.H.-A.-B. 04-5	4	81,50	81,50
P.P.-B. S. 18-21	4	89,00	89,00
R.W.B. S.1-4	4½	83,50	81,50
Sächs. B. Kr.	3½	57,50	57,50
Schl. B.-B. S. 1-5	4	80,50	79,75
do. do. S. 6-14	4½	69,25	69,25
West. Bd. S. 11	4	95,50	96,00

Stadtanleihen

		Heute	Vortag
Berl. 04.5.7.u.12	4	84,25	84,50
do. 1872	3½	94,00	—
do. 1886	3½	86,00	90,00
do. Hab. Obl.	3½	—	—
do. Stadtrent.	4	—	—
Ant. 99, 04, 12	4	57,00	56,00
do. 06, 09, 04, 05	3½	51,50	51,50
Breslau 06, 09	4	63,00	—
do. 1880	3½	—	—
Brdb. Kom.-A.	4	—	—
Charlottb. A. 17	4	70,00	70,50
do. 1902-05	3½	76,25	76,75
Cöln 1900, 06	4	92,75	93,75
Dresd. 1900, 06	4	87,50	86,25
do. 1893, 97	3½	—	—

Deutsche Eisenb.-Akt.

		Heute	Vortag
Aachen-Mastr.	0	—	—
do. Genußsch.	0	—	—
Braunschw. L.-B.	0	118,00	118,00
Bröhlthaler	0	—	—
Crefeld. Eisen	0	—	—
Dortmund. Eis.	5½	130,00	—
do. 5 proz. Vrz.	5	—	—
Eut.-Lüb. L.-A.	3½	100,50	90,00
Halberst.-Blkr.	5	120,00	129,00
Halle-Hist. L.-A	0	104,00	104,75
Königsbg.-Cr.	8	151,00	148,00
Lüb.-Büchen	0	250,00	232,00
Niederschles.	0	107,00	100,00
Nordh. W. L.-A.	0	95,50	91,00
Schant. Genußh.	—	2250,0	2160,0

Kleinbahn-Aktien

		Heute	Vortag
A.E.G. Schnell.	0	—	—
do Vrz. Lit. A.	5	65,00	59,00
Allg. D. Kleinb.	0	140,00	137,50
do. Lok.-u. Strb.	7½	335,70	285,0
Dt. Eisenbhbetr.	7	305,00	305,50
Gr. Casseler Strb.	0	136,25	136,00
Hann. Sth. Vrz.	6	2.5,00	250,00
Magdeb.-Erb.	4	156,00	156,00
Stadt. Straßb.	5½	—	—
Südd. Eisenb.	0	—	—
Ver. Eb. Btr. Vz.	0	—	—

Schiffahrts-Aktien

		Heute	Vortag
Hamb. Reed.	96	13	960,0
Kopenh. D.L.C.	40	—	—
Schl. Dmpf.-Co	15	—	—

Bank-Aktien

		Heute	Vortag
Bk. f. Brauind.	7	345,00	335,00
Barm. Kredit.	15	—	265,00
Berl. Hyp.-Bk.	6	125,00	116,50
Berl. Kass.-V.	8	240,00	225,00
do. Makler-V.	4	—	—
Brasil. Bk. f. D.	15	834,00	840,00
Braunschw. Bk.	10	230,00	207,00
Bremer R.-H.	8	—	—
Centralb. f. Eb.	0	—	—
Chemn. Bk. V.	12	—	—
Danz. Privatb.	10	262,75	—
Dessau Landb.	10	—	—
Dt. Asiat. Bk.	6	600,00	638,00
Dt. Ansied. Bk.	8	—	—
Dt. B.f. A. Wert.	4	111,75	113,00
do. Hyp.-B. Brl.	7½	135,50	—
do Ueberse. B.	30	1056,0	1079,0
Dtsch. Adm.-A.	4	—	—
Gothaer Grdk.	9	—	175,0
Hamb. Hyp.-B.	10	—	—
Hildesheim. B.	10	—	—
Imnob. Verk.	—	—	—
Kieler Bank	11	—	—
Luxemburger	0	350,00	350,00
Meckl. Hyp.	0	—	—
do. L.u.W.	16½	—	—
do. Strel. Hyp.	4	—	—
Meing. Hypoth.	8	165,00	165,0
Moenkebg. Pr.	25	—	—
Nordd. Grdkr.	6	180,00	—
Oesterr. Cr.	6	—	195,00
Pfälz. Hyp.	8	230,00	260,00
Preußische Bod.	12	105,00	105,00
Reichsbank	11	250,00	240,00
Rhein. Hypb.	8	—	—
Sächsische Bank	11	—	—
Schaaffhausen	8	150,00	150,00
Schlesischer Bkv.	7	—	—
Schles. Bodk.-Kr.	7½	—	—
Schles. Bodk.-Pr.	7½	124,00	125,75
Schwarzb. Hyp.	8½	120,00	120,00
Stettiner Bkv.	7	—	—
Südd. Bodenkr.	8	—	—
Vereins. Hbg.	12	—	—
Wechsler	10	—	195,00
Westd. Bod.-K.	6	—	123,00
Wien. Bankv.	12	37,50	31,25
Württ. Ver.-B.	8	35,00	32,00
Württ. Ver.-B.	8	—	—

Der * bei den Industrie-Aktien bedeutet, daß von der Gesellschaft Vorzugs-Aktien mit erhöhtem Stimmrecht ausgegeben sind. * bedeute in diesem Kurse repartiert

Brauereien

		Heute	Vortag
Berl. Kindl-B.	16	765,00	734,00
do. St.-Prz.	18	765,00	—
do. Pfandbr.	6	—	—
Bolle Weißb.	8	—	—
Deutsche Bier	9	470,50	591,00
Engelhardt	15	600,00	700,00
Germania	6	—	450,00
Hess. Herkules	13	—	—
Landrß Weiß.	10	480,00	—
Löwenbr. Nn.	6	—	—
Schöneb. Schlß.	4	159,75	500,00
Schultb.-Patz.	12	—	899,00
Dortmd. Union	45	—	—
Dortmd. Hofbr.	6	—	450,00
Lindener Br.	10	675,00	560,00
Reichelbräu	12	480,0	800,00
Sinner-Br.u.P.	12	—	—

Industrie-Aktien

		Heute	Vortag
*Aachen. Led.	10	992,25	1000,0
Ach. Spinn.	12	1355,0	1475,0
Acum. Fabr.	20	—	851,00
Adl. Portl. Zt.	10	650,00	575,00
Adl. & Opp. Rh.	20	1670,0	1750,0
Adlerhütte Gl.	25	360,00	1040,0
A.-G. f. B.-Anf.	15	—	574,50
do. f. Bürst.-I.	15	650,00	650,00
do. f. Papp.-F.	25	580,00	610,00
do. f. Verk.-W.	15	1000,0	1068,0
Alexander-W.	12	575,00	593,00
Alf.-Delligsen	15	650,00	675,00
Alfeld-Gron. P.	20	800,00	750,00
Allg. Brl. Ges.	4	475,00	480,0
do. Bod.-Akt.	0	—	—
*Alsen Prtl.-C.	30	—	930,00
Aluminiun-I.	6	—	—
Amme. Giesec.	15	—	1100,0
*Ammend. Pp.	6	—	1331,0
Anh. Kohlenw. I.	0	748,00	760,00
do. Vorz. A.	6	145,00	142,00
Anker-Werke	12	700,00	720,00
Annabg. Stng.	25	—	—
Aplerbecker	0	—	—
Archimedes	30	1040,0	1050,0
Arenb. Bergb.	23	—	—
Arnsdorf. Pap.	0	80,00	—
Bachm. & Ld.	25	900,00	940,00
Baer & St. Met.	35	1145,0	—
*Balcke Masch.	30	750,00	849,00
Bambg. Malz.	0	—	—
Bk. f. Bergbau	7	101,50	65,50
Banning. Mas.	12	948,00	963,00
*Barop. Wlzw.	50	674,00	690,00
Barte & Co.	12	470,00	—
*Basalt Act.-G.	16	820,00	865,00
Bautzen. Tuch	16	—	945,00
Bg. Brl.-Neust.	0	—	—
do. Kais. Wilh.	0	310,00	945,00
do. f. Mittelw.	0	—	—
Bauland Sest.	0	—	—
Bauv. Wtz.	6	—	925,00
Bayer. Cellul.	40	851,00	325,00
do. Hartst.-Ind.	10	—	575,00
do. Spiegel	40	820,00	895,00
Baz. Gem. Tel.	0	—	—
Bedb. Wollind.	25	—	1020,0
J. P. Bemberg	20	1080,0	1155,0
Berlin. Kaffee	0	600,00	—
C. Berg Evek.	20	—	—
J. Berger, Tiftb.	25	699,50	715,00
Berl. Cement	0	—	—
Berl. Kunstgl.	0	—	124,00
do. Dmpmühl.	14	—	715,00
do. El. Vorz.-A.	4½	91,00	570,00
do. Gub. Hutm.	5½	—	680,00
do. Holz-Compt.	50	700,00	625,00
do. Hotel-Ges.	30	540,00	590,00
do. Jut.-Sp.-A.	0	—	625,00
do. Kabelfabr.	15	900,00	499,00
do. Sped. Ver.	20	490,00	471,00
do. do. Vorz.-A.	25	494,00	700,00
Berliner Stadtw.	0	687,00	700,00
Berzelius	10	585,00	649,75
Bet.- u. Moh.	20	575,00	700,00
Bing. Hl. Vrz.	7	561,00	584,00
C. Blumwe & S.	15	—	—
Bod. Hchb. Sch.	0	98,00	80,00
Boeddinghaus	20	775,00	735,00
Braun. u. Brk.	15	—	—
Borsigwld. T.	0	1300,0	1250,0
*Bösperde Wz.	20	729,00	749,00
Braun. u. Brk.	15	635,00	601,00
Brem. Vulkan	25	850,00	935,0
Brl. Allg. Gas	30	1195,0	1235,0
do. Masch.-Bau	40	1200,0	1165,0
Brotfb. Frdr. Z.	10	620,00	—
Brm. Allg. Gas	30	385,00	351,0
do. Linoleum	40	—	1500,0
do. Vulkan	30	1150,0	1122,0
do. Wollkämm.	25	1200,0	1100,0
*Bresl. Spritf.	25	900,00	1090,0
Brown Bov. C.	0	—	—
Brüning & S.	0	—	—
*E. Busch opt.	20	651,00	674,00
F. W. Busch	20	901,00	905,0
*Busch W. A.	30	1025,00	1245,0
Butzke & C. Mel.	12	525,00	530,00
Byk Guldenw.	12	770,00	770,00
Calmon Ash.	15	—	—
Capitol & Klein	25	875,00	900,00
Carlsh. Allw.	15	579,00	599,00
Carolinen. Brk.	30	1740,0	1750,0
Cart. Loewbw.	30	625,00	790,00
Cart. Masch.	0	—	—
*Charlotten.	20	—	—
Chem. F. Buck	10	775,00	—
do. St.-Prior	10	—	—
*do. Grünau	16	800,00	850,00
do. Milch	12	710,00	715,00
*do. Weiler	15	1250,0	—
do. Ind. Gesknk.	75	2000,0	2100,0
*do. Werke Alb.	25	1250,0	1250,0
do. Lubszynski	12	750,00	650,00
Chillingworth	25	778,00	789,75
Concordch. Chem	75	—	1295,0
Ch. Spinnerei	25	995,00	1030,0
Cons. Schalke	25	540,00	1790,0
Corona Fahrrd.	15	530,00	580,00
Cröllw. Papier	15	700,00	—
Delmenh. Ln.	25	800,00	—
Dessau. Gas	20	620,00	670,00
Dt. Niederl. Tl.	6	555,00	490,00
do. Steinz. Tel.	0	550,00	530,00
do. Asphalt-G.	4	760,00	790,00
do Babcock & W	20	1150,0	—
*do. Eb. Signlw	12	545,50	499,50
do. Erdöl	20	1530,00	1525,0
*do. Gußstahlw	14	550,00	570,00
do. Jute-Spinn.	30	1100,0	1250,0
do. Kabelwerke	20	560,00	660,00
*do Kunstleder	14	550,0	—
do. Schachtbau	80	1325,0	1150,0
do. Spiegelglas	25	800,00	960,0
do. Steinzeug	30	750,00	670,50
do. Ton u. Stnz	18	555,00	545,00
do. Waserwk.	10	600,00	—
do Wollkämm.	20	1310,0	—
*W. Krefft	15	540,00	511,00
Dessauer Gas	0	—	2000,0
Dommit. Tel.	15	750,00	750,00
Donnersmarck	25	1250,0	1300,0
Döring. & Lm.	8	945,00	620,00
do. Vorz.-Akt.	6	126,75	126,75
Dresd. Gasgl.	0	—	—
do. Schnellpr.	14	620,00	574,00
do. Gardinen	20	—	712,00
Düren. Metall	15	1120,0	1099,0
Dürkopp Adl.	15	750,00	720,0
Düssd. Weyer	14	598,00	679,50
do. Elas. Drahtf.	8½	—	—
do. Maschinenf.	0	802,00	—
do. Kammgarn	12	1050,0	—
do. Maschinenbau	20	780,00	625,00
Dux Kohl. V.	10	—	—
Eckert. Masch.	10	770,00	—
Egestorff Salz.	35	798,00	805,50
Eilenb. Kattun	30	1140,0	1120,0
Einbeck. Glr.	7	1030,0	1090,0
Eisenerz A.-G.	0	380,00	400,00
Eiseng. Velber	30	973,00	1080,0
Eisenw. Kraft	15	—	—
L. Meyer	12	725,0	795,00
Electra Dresd.	6	—	374,00
Electricit.-Anl	6	—	—
Elektr. Licht	20	496,00	401,0
do. Unter. Zürr.	11	—	—
Eis. Bad. Wolff	35	1100,0	1098,0
J. Elsbach & Co	20	609,00	700,00
Emdener Reed.	15	600,00	750,00
Erdmannsd. Sp.	15	—	450,00
Erlang. Bmw.	20	900,0	—
Esche Schwr.	7	540,00	700,00
Eschweiler Bergw.	7½	633,00	634,00
Faber Bleist.-F.	25	750,00	800,00
do. Vorz.-Act.	15	—	—
Fahrzeugfabr.	15	570,00	656,00
*Falkenstein Grdp.	20	1000,0	975,00
Felten Jut.-Spg.	14	325,00	—
Feldmühl. Pap.	20	699,00	—
Filtw. Brt. Mf.	12	300,00	—
Finkenh. Portl.	25	—	—
Flensb. Schiffb.	12	724,75	—
Flöther Masch.	15	873,00	910,0
Frank. Chamo.	18	162,00	164,00
do. Gas	20	—	—
Frankonia	30	640,00	600,00
Franz. Tuch.	20	1275,0	1275,0
Freundmasch.	10	619,75	625,00
Friedrichsh. K.	25	750,00	700,00
Friedrichshütt.	25	1800,0	—
R. Fischer A. G.	18	560,00	599,0
Froebels Zunch	28	1000	990,00
Fuchs Waggf.	12	730,00	745,00
Gaggn. V.-A.	12	—	—
Gebhard & Co.	25	850,00	850,00
Gebhard & Kön.	0	700,00	820,00
Gelsw. Eisenw.	25	—	—
Gelsenk. G.-M.	21	800,00	600,0
*Genschow & C.	20	609,50	720,00
Georgsmarienh.	15	1350,0	1500,0
Gb. Fr. Renn.	12	700,00	695,00
Germ. Pt. Cmt.	20	724,00	750,00
*Gerresh. Glsh.	25	1250,0	—
Gesf. P.-Cm.	20	1275,0	1490,0
Gildemeist. Co.	22	—	—
J. Girmes & Co.	15	751,00	799,00
Glashütte Sch.	0	1000,0	—
*do. Woll-Ind.	20	2120,0	1945,0
Gladenb. & S.	12	600,00	600,00
Glasm. Schalke	70	2150,0	1950,0
Gladbr. Gummi	15	1560,0	1775,0
Glockenstihw.	22	—	740,00
Geb. Goldhardt	22	1485,0	1500,0
Goerz opt.	15	—	—
Greppiner Wk.	44	2050,0	2000,0
Grevenbrück	35	—	—
Grittner	25½	990,00	920,00
Gr. Lichterf. B.	15½	—	289,00
do. Terrain	25	—	—
Gr. Strehl Cem.	30	1175,0	1175,0
*Grün & Bilf.	15	1000,0	1000,0
Gr. Gundlach	15	500,00	459,00
A. Gutm. Masch.	36	984,00	998,00
Haberm. & G.	15	549,00	550,00
Hagelberg W.	15	600,00	531,00
Hall. Maschin.	35	1450,0	1500,0
Hb. Elektr.-W.	6½	280,0	250,00
Hdlsg. f. Grdb.	0	—	99,00
Hannov. Imm.	7	1485,0	—
Hanf. Masch. Egest.	35	1380,0	1350,0
Hb.-W. Gummi	24	1000,0	950,00
do. Eisen u. Br.	46	1460,0	1600,0
*Hans. B.S.-F.	20	1000,0	1000,0
do. Brückenb.	20	829,75	850,00
do. Stampmr.	21	720,00	—
Hasper Eisen	20	—	—
C. Hedmann	30	1680,0	1745,0
Heidmühle Ln.	18	801,00	850,00
Heilmann Im.	20	770,00	850,00
Hemm. Eis.	20	1000,0	1000,0
Heine & Co.	25	700,00	650,00
Held & Francke	25	690,00	745,00
*Hemmoor P. C.	15	740,00	800,00
Herrmannsm.	20	—	—
Hildebr. Mühl.	22	680,00	680,00
Hilgers Verzk.	25	1200,0	1000,0
Hille-Werk	15	650,00	714,00
Hilpert Masch.	10	994,75	494,75
*Hindr. Aufzr.	12	570,00	649,00
Hirschbg. Led.	15	549,00	589,00
Hoffm. Stärkef.	15	828,00	849,00
Horch. Werke	6	500,00	—
Hotelbetr.-Ges.	15	820,00	689,00
Hu. Vorz.-A.	15	1121,00	1140,0
Hotel Disch	10	—	550,00
Howaldtwerke	20	600,00	615,00
Hörster-Gedel.	25	802,00	574,00
Huberti Brl.	6	1150,0	1122,0
Humboldmühl	6	—	815,00
*Ldw. Hupfeld	25	—	701,00
Hutm. Werke	75	610,00	612,50
*C. M. Hutschr.	20	900,00	950,00
H. Kayser & Co.	10	655,00	614,00
H. N.-Schönew.	20	—	760,00
Industriebau	15	—	649,75
*esersch. Asph.	15	1095,0	1110
Vorz.-Akt.	15	1190,00	1191,0
J. A. Johns. A.-G.	12	450,00	449,00
Max Jüdel	10	630,00	625,00
Jung. Ind.	10	900 ×	410 ×
Jülich Zucker	12	—	—
Kahla Porzellf.	15	1395	1385
Kahlbaum	25	940,00	1005
*Kaiserkeller	15	930,00	1000,0
Kalker Masch.	20	800,00	887,0
*Kammerichw	30	830,00	800,00
Kandelb. Auto	15	—	—
Kaplc. Masch.	10	6.0 Agio	—
Kassel. Feder	50	1539,0	1551
*Kenk. Lissab.	15	750,00	—
*Kester & Co.	15	1100,0	1100,0
*Kirchner & Co.	15	1105,0	1065
F. Klausner S.	12	826,00	851,00
Klinkh. Ter.	22	—	—
Kochs Adlern.	25	960,00	920,00
Koehlm. Stärk.	18	945,00	995,00
Kohlendestill.	1. L.	250,00	—
Kolb & Sch.	25	—	—
Kolim. & Journ	22	680,00	—
Köln. Gas u. El.	7	410,00	370,0
Kölsch Walzr.	25	1000,0	1045,0
König Wilh.	20	—	—
do. St.-Pr.	25	—	—
*Königsh. Lgh	6	425,00	—
do. Walzenm.	7	735,0	—
do. Zellstoff	15	—	—
Königsborn B.	20	—	—
Königsmühl Pz.	25	1950,0	1700,0
Konn. Asphalt	15	949,00	835,00
Kont. E. Nürnb.	0	—	—
do. Vorz.-A.	5	340,00	340,00
Kt. Wasserw.	15	1300,0	1300,0
Körbisd. Zuck.	10	1450,0	—
Körtings E. W.	50	708,00	722,00
Cart Kröner A.	15	—	—
*Kostheim Cll.	12	540,00	550,00
Kreifeld Stahl	9	—	—
*W. Krefft	15	940,00	935,0
Kromschröder	15	1000,0	1000,0
Kronprinz Met.	25	1645,0	1730,0
Gebr. Krtger	15	755,00	780,00
Kroschr. Zink	30	1000,0	1000,0
Kunz Treibr.	35	940,00	940,00
Kupfw. Dtschl.	10	—	—
Küppersb. & S.	15	805,00	925,00
Kyffhäuserh.	8	550,00	—
Lauchhamm.	12	750,00	—
Leipz. Grd.-B.	6	—	—
do. Gummiw.	6	619,75	—
do. Plano Zim.	30	695,25	689,00
*do. Wachsp.	15	750,00	755,00
Leonhard Brk.	10	—	—
Leopold grube	12	800,00	820,00
Leopoldsh. Zk.	20	1220,0	1212,0
do. St.-